

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

70. Sitzung  
21. April 2016

Beginn: 13.02 Uhr  
Schluss: 15.53 Uhr  
Anwesenheit: siehe Anlage 1  
Vorsitz: Frau Abg. Renate Harant (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. Der Senat wird durch Frau StS Klebba (SenBildJugWiss) und Herrn StS Rackles (SenBildJugWiss) vertreten, Frau Sen Scheeres (BildJugWiss) ist entschuldigt.
2. Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 13. April 2016 vor.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### a) **Aktuelle Viertelstunde**

Folgende Frage wurde vorab schriftlich eingereicht:

„Wie viel zusätzliches Personal erhalten die einzelnen Berliner Jugendämter wann und zu welchen Konditionen im Ergebnis von 2016 getroffenen Entscheidungen der AG Wachsende Stadt und in welchem Verhältnis steht dieser Personalzuwachs zu den in der Maßnahmeplanung ermittelten Bedarfen?“

(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Nach Beantwortung der Frage durch Frau StS Klebba (SenBildJugWiss) wird Punkt 1 a) der Tagesordnung abgeschlossen.

b) **Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugendministerkonferenz**

Es besteht kein Berichtsbedarf; Punkt 1 b) der Tagesordnung wird abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0300](#)  
**Schulen vor dem Scheitern – Wie lässt sich das**  
**Ruder an Schulen mit extrem hohen**  
**Abbrecherquoten herumreißen?**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0382](#)  
**Ursachen und Hintergründe der steigenden Zahl an**  
**Schulabgängern ohne Abschluss**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU) BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Frau Abg. Remlinger (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf ihrer Fraktion zu Punkt 2 a) der Tagesordnung.

Herr Abg. Oberg (SPD) und Frau Abg. Bentele (CDU) begründen den Besprechungsbedarf ihrer Fraktionen zu Punkt 2 b).

Es werden angehört und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Klaus Brunswicker, ehemaliger Schulleiter der Sophie-Scholl-Schule
- Frau Andrea Franke, Schulleiterin der Willy-Brandt-Oberschule
- Frau Angelika Jurczyk, Schulleiterin der Anna-Seghers-Schule
- Herr Detlef Pawollek, Schulleiter der Röntgen-Schule

Von Herrn Pawollek wurde dem Ausschuss im Vorfeld der Sitzung eine Stellungnahme nebst Anlagen überreicht (Anlage 2).

Nach Aussprache, in deren Rahmen Herr StS Rackles (SenBildJugWiss) Stellung nimmt und Fragen der Abgeordneten beantwortet, werden die Punkte 2 a) und 2 b) vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses Bericht  
SenBildJugWiss – II D (V) – vom 17.2.2016  
Rote Nummer 2668

[0387](#)  
BildJugFam

**7. Klassen der Gymnasien**  
**Angleichung der Ausstattung an die der ISS zum**  
**neuen Schuljahr**

Dem Ausschuss liegt das genannte Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses mit der Bitte um Beantwortung bis Ende April vor.

Im Rahmen der Aussprache nimmt Herr StS Rackles (SenBildJugWiss) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Daraufhin beschließt der Ausschuss dem Hauptausschuss zu empfehlen:

Der Bericht SenBildJugWiss – II D (V) – vom 17.2.2016, Rote Nummer 2668, wird zur Kenntnis genommen.

(einstimmig mit SPD und CDU bei Enthaltung GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

### Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 17/2696

**Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei**  
**psychischen Krankheiten (PsychKG)**

[0383](#)  
BildJugFam  
GesSoz(f)  
Haupt  
Recht\*

Zu der Vorlage – zur Beschlussfassung (Drucksache 17/2696) liegt dem Ausschuss die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz und Geschäftsordnung vom 6. April 2016 vor. Dieser empfiehlt, die Vorlage anzunehmen (mehrheitlich mit SPD und CDU gegen LINKE und PIRATEN bei Enthaltung GRÜNE).

Von Seiten der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales nehmen Herr Rech und Herr Dr. Möllhoff-Mylius an den Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Frau StS Klebba (SenBildJugWiss) und Herr Rech (SenGesSoz) erläutern einleitend die Vorlage – zur Beschlussfassung.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau StS Klebba (SenBildJugWiss), Herr Rech (SenGesSoz) und Herr Dr. Möllhoff-Mylius (SenGesSoz) Fragen der Ausschussmitglieder beant-

worten und der Ausschuss einvernehmlich übereinkommt, Herrn Abg. Spies (PIRATEN) Rederecht gemäß § 25 Abs. 6 GO Abghs einzuräumen, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2696 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit SPD und CDU gegen PIRATEN bei Enthaltung GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0361](#)  
**Situation wohnungsloser Familien und Kinder in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion) BildJugFam
- Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 03.12.205
- b) Antrag der Fraktion Die Linke [0392](#)  
Drucksache 17/2759 BildJugFam(f)  
**Jedes Kind braucht ein Zuhause! Wohnungs- und GesSoz**  
**Obdachlosigkeit von Familien mit Kindern verhindern**
- c) Antrag der Piratenfraktion [0393](#)  
Drucksache 17/2778 BildJugFam  
**Leitlinien zur Wohnungslosenhilfe und -politik GesSoz(f)**  
**familiengerecht fortschreiben!**
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0107](#)  
**Versorgung junger Menschen mit geeignetem und BildJugFam**  
**bezahlbarem Wohnraum im Bereich HzE (z.B. betreutes Einzelwohnen), im Prozess der**  
**Verselbständigung und nach Beendigung der HzE – Probleme und mögliche Lösungsansätze**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, Punkt 5 der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU  
Drucksache 17/1001  
**Sprachlerntagebuch**

[0133](#)  
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 6.11.2014

Das Wortprotokoll der 44. Sitzung vom 6.11.2014 liegt dem Ausschuss vor, des Weiteren ein Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN (Anlage 3)

Herr Abg. Oberg (SPD) beantragt, den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU für erledigt zu erklären, weil dieser bereits seine Umsetzung in die Praxis erfahren habe.

Daraufhin zieht Herr Abg. Delius (PIRATEN) den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 17/1001 – wird für erledigt erklärt.

(einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Die nächste (71.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 19. Mai 2016, um 13.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Renate Harant

Tim-Christopher Zeelen

**Warum kann auch die Integrierte Sekundarschule nicht besser sein als ihr gesellschaftliches Umfeld? Eine allgemeine Betrachtung zur aktuellen Diskussion.**

Hatten Hauptschulen etwas zu bieten?

Das viergliedrige Schulsystem- eine rückblickende Zustandsbeschreibung

Die Integrierte Sekundarschule - Anspruch und Realität

Fazit

Detlef Pawollek

Röntgen-Schule  
Wildenbruchstr. 53  
12435 Berlin

Berlin, den 18.04.2016

## Ein Blick zurück

Die Abschaffung der Berliner Hauptschulen als eigenständiger Schultyp war ein Schritt in die richtige Richtung. Um dies zu erreichen, wollte die Senatsverwaltung in einem ersten Schritt die Haupt- und Realschulen zusammenlegen. Damit wäre ein weiterer Schultyp der Berliner Schullandschaft gleich mit abgeschafft worden; sehr zum Ärger vieler Eltern und Schüler. *Harald Martenstein* schrieb im *Tagesspiegel* dazu: „Das ist so, als wolle man die Probleme von Zimbabwe lösen, indem man Zimbabwe zu einem Kanton der Schweiz erklärt.“ (ebd. 21.09.2008) Das klingt überzogen, aber ist es das? Hätte ein Schultyp wie die Realschule - wenn auch nur vorübergehend - das auffangen können, was in Berlin seit Jahren sozial- und arbeitsmarktpolitisch versäumt wurde? Eine Schulstrukturdebatte erschien in Berlin überfällig, vieles sprach dafür. Dabei durfte man aber die anderen Schultypen nicht außen vor lassen. Einsetzende Schüler- und Elternwanderungen hätten zu einem Reflex werden können, der sich nicht steuern lässt; auch nicht über Empfehlungen. Glaubte man den Pressemeldungen, schien die Senatsverwaltung dies erkannt zu haben.

Von der integrierten Haupt- und Realschule war dann nicht mehr die Rede. Was wäre passiert, wenn die integrierte Haupt- und Realschule in den Augen der betroffenen Eltern und Schüler zu einer 'Restschule' geworden wäre und die Gesamtschule ohne ernsthafte Reformbemühungen davon profitiert hätte? Hätten wir dann nicht am Ende statt der Hauptschulen die Realschulen abgeschafft? Geht es vorrangig um eine bildungspolitische Offensive, um einen Neuanfang, durfte man die anderen Schultypen in der Schulstrukturdebatte nicht unberücksichtigt lassen. Wäre die Debatte eher finanzpolitischer Natur gewesen, hätte man es dürfen, denn Standortschließungen aufgrund von Zusammenlegungen brächten Einsparungen. In dem Fall wäre die Bezeichnung 'Schulstrukturdebatte' allerdings falsch gewesen!

Wenn es um bildungspolitische Fragen geht, glaubt jeder mitreden zu können. Gewerkschaften, Eltern, Lehrer und Schüler, alle haben ihre ganz spezielle Sicht und Meinung zu den Dingen, diese galt es zu berücksichtigen, damit eine Reform auch verstanden und getragen wird. Zurzeit verstehe ich die bildungspolitischen Diskussionen nicht. Der Bildungssektor wird gerne mit einem großen schweren Tanker verglichen. Hat er einmal Fahrt aufgenommen, ist ein Richtungswechsel schwer möglich. Wenn dem so ist, benötigt man auf der Brücke eine visionäre Kraft, die überzeugend die vielfältigen Sichtweisen ordnet, um sie schließlich in ein Konzept zusammen zu fassen, das von allen mit Überzeugung getragen und umgesetzt wird. Davon sind wir leider wieder weit entfernt. Pressemitteilungen dienen selten den Schulen und die Bezirkspolitik hat ihre ganz eigene Sicht zu den Dingen. Die Kollegien betroffener Schulen sind zum Teil verunsichert und die Schulleitungen nicht selten überfordert. Eine mit wenig Sachverstand und Besonnenheit geführte Diskussion um den zukünftigen neuen Schultyp kann nur zu desolaten Ergebnissen führen. Genau dies gilt es aber zu vermeiden, denn die Abschaffung des gegliederten Berliner Schulsystems war überfällig und sollte nicht nur inhaltlich sondern strukturell vorangetrieben werden. Die Drei- oder Vierzügigkeit einer Schule darf nicht zum Qualitätsmerkmal gemacht werden und letztlich über die Zukunft derselben entscheiden. Moderne Schulen sind jene, die ihre Angebote, ihre inhaltlichen Schwerpunkte auf die Schülerschaft bzw. auf das schulische Umfeld ausrichten und ausrichten können. Moderne Schulen sollten in ihrer Entscheidungskompetenz frei und flexibel sein. Genau an diesen Kriterien gilt es anzusetzen.

## Hatten Hauptschulen etwas zu bieten?

### Das viergliedrige Schulsystems – eine rückblickende Zustandsbeschreibung

Hätten bestehende Hauptschulkonzepte eine Zukunft gehabt? Diese Frage kann man nur angemessen beantworten, wenn man das Berliner Schulsystem als Ganzes betrachtet und sich die Zeit nimmt, zu erfassen, welchen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag die Hauptschulen – eingebettet in ein viergliedriges Schulsystem- eigentlich geleistet haben. Ich betone bewusst den gesellschaftlichen Beitrag der Hauptschule und vermeide es, von einem Bildungsauftrag zu sprechen. Diesen hatte sie sicherlich; sie konnte ihn aber unter den vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nur eingeschränkt erfüllen. **Überproportionale Fehlzeiten, unzureichende Deutschkenntnisse** und **mangelnde Leistungsbereitschaft** auf Seiten der Schüler schienen unüberwindbar. Jeder, der sich mit Bildung beschäftigt, wusste dies. Dennoch wurde unermüdlich der Anspruch an die Hauptschulen herangetragen, auch diese müssen ihren Bildungsauftrag erfüllen. Einerseits wurden die Hauptschulen in aller Regelmäßigkeit öffentlich kritisiert, andererseits wurden die Mitarbeiter dieses Schultyps bemitleidete und am Ende sogar Verständnis für ihr Scheitern aufgebracht. Diese Haltung war politisch korrekt und half, mit dem schlechten Gewissen umzugehen. Arbeiten mochten an der Hauptschule nur die Wenigsten, denn der Alltag war belastend. Wie man Hauptschulen besser machen konnte, wusste eigentlich keiner so richtig. Theoretische Ansätze gab es viele, alltagstauglich waren nur wenige. Abgeschafft werden sollten die Hauptschulen immer wieder, insbesondere immer dann, wenn sie für negative Pressemitteilungen sorgten. Vielleicht gab es sie letztlich nur deshalb, weil keiner wusste, was man mit den Hauptschülern machen sollte. Die anderen Schultypen wollten die Schüler auf gar keinen Fall. Hauptschulen waren - auch wenn das niemand öffentlich bestätigen wollte - sich letztlich selbst überlassen; das hatte auch Vorteile: Wer viele Freiheiten besaß, konnte, sofern er sie nutzte, viel ausprobieren.

Eine Schule kann nur so gut sein wie ihr gesellschaftliches Einzugsgebiet. Dies erfährt auch die Integrierte Sekundarschule. Das familiäre Umfeld einer Hauptschule -gemeint ist damit im eigentlichen Sinne das der Familien und deren Kinder, die eine Hauptschule besuchen- war im Allgemeinen nicht gut; zumindest nicht aus sozial- und integrationspolitischer Sicht. Hauptschule war der Ort für all jene Kinder, die fürs Förderzentrum zu gut waren und für jeden anderen Schultyp nicht die nötigen Voraussetzungen mitbrachten. Hauptschüler bezeichneten die Hauptschule als Restschule, Schule für Migranten, Auffangbecken der Gestrandeten, der nicht Gewollten.

Die Gesamtschule war für fast alle Grundschüler mit Hauptschulempfehlung das erklärte Ziel; zumindest am Anfang. Gesamtschulen vermittelten Hoffnung, sie stellen etwas in Aussicht, was sich nur in Ausnahmen bewahrheitete: dass der Hauptschüler eigentlich ein Realschüler war und er es dank des integrativen Ansatzes der Gesamtschule nun doch geschafft hatte. In der Regel blieb der hauptschulempfohlene Grundschüler auch auf der Gesamtschule jener Schüler, der dem Hauptschülertyp zuzurechnen war. Davon gab es an den Gesamtschulen viel mehr, als dieser Schultyp verkraften konnte. Nur vier von sechzig Berliner Gesamtschulen entsprachen vor der Schulstruktureform in der Schülerzusammensetzung dem politisch gewünschten Idealbild. Damit war das integrative Konzept der Gesamtschulen politisch gescheitert. Bildungspolitisch bedeutsame Impulse gingen von den Gesamtschulen schon lange nicht mehr aus. Die Berliner Gesamtschulen standen zunehmend unter einem Druck. Unter den Anhängern des Gymnasiums unseres Landes hatten nur wenige Gesamtschulen einen guten Ruf. Wer konnte, wollte das Gymnasium besuchen und nicht die Gesamtschule. Wer unsicher war, das Gymnasium zu bestehen, wählte die Gesamtschule. Letztlich geschah



das aus Beweggründen, die mit denen von Hauptschülern vergleichbar waren: Vielleicht gelingt der Wunschabschluss an der Gesamtschule am Ende ja doch.

Gesamtschulen brauchten Schüler, um ihren 'Betrieb' auszulasten. Sie brauchten sie sogar so sehr, dass sie von ihren Grundsätzen abwichen und mehr Schüler mit einer Haupt- und Realschulempfehlung aufnahmen als ihr integratives Konzept verkräften konnte. Hauptschüler blieben an Gesamtschulen bei unzulänglichen Leistungen sitzen. Blieben Hauptschüler an Gesamtschulen zweimal sitzen, mussten sie diesen Schultyp verlassen und wurden der Hauptschule übergeben. Diese dürfen dann sehen, wie sie mit den Schülern klar kamen. Manchmal blieben Hauptschüler an einer Gesamtschule auch zweimal im 7. Jahrgang sitzen. Dann bekam die Hauptschule einen frustrierten und überalterten Gesamtschüler.

Hauptschulen versetzen ihre Schüler schon vor der Schulstrukturreform in der Regel bis zur 9. Klasse auch bei unzureichenden Leistungen. Gesamtschulen hätten dies, da sie drei Schultypen unter einem Dach integrierten, eigentlich auch können. Sie wollen es aber anscheinend nicht. Sie überließen es lieber den Hauptschulen und die Schüler überließen sie diesen gleich mit.

Realschulen handelten ähnlich wie Gesamtschulen, wenn auch gesetzlich legitimiert. Realschulen hatten die Pflicht, einen Schüler, der zweimal sitzen blieb, einer Haupt- oder Gesamtschule zu übergeben. Auch die abgehenden Realschüler, dazu zählten auch die, die das Probehalbjahr nicht schafften, zogen es in der Regel vor, eine Gesamtschule zu besuchen. Das lag daran, dass das Stigma in den Fällen nicht ganz so groß war. Man war mit dem Übergang an die Gesamtschule zwar gescheitert, aber nicht ganz so tief gesunken. Man hätte es ja noch schaffen können.

Hauptschulen hatten ein Stigma. Sie waren die Endstation für all jene, die aus den verschiedensten Gründen scheiterten. Junge Biographien mit viel Enttäuschung und wenig Selbstwertgefühl. Hauptschüler bezeichneten sich nicht ohne Grund als 'Loser', ohne sich jedoch zu bemitleiden. Es war vielmehr eine klare Erkenntnis, ein Eingeständnis unter Weggefährten. Außerhalb der Schule sah es schon anders aus. Da leugnete ein Hauptschüler seine schulische Herkunft.

Noch immer bietet der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Schülern mit Migrationshintergrund und einer einfachen Berufsbildungsreife geringe berufliche Perspektiven. Dies hat viele Gründe. Der Migrationshintergrund und das Milieu sind wesentliche Faktoren. Der prozentuale Anteil an Migranten unter den Hauptschülern war hoch. Hoch war auch der Anteil an Migranten ohne Hauptschulabschluss. Dies hat viele Ursachen und kann sehr differenziert betrachtet werden. Fasst man die Ursachen mit einfachen Worten zusammen, kann man **Bildungsarmut, soziale Benachteiligung** und **mangelnde Erziehungskompetenz der Eltern** als Gründe nennen. Diese treffen auch auf die übrig gebliebenen deutschen Schüler bzw. deren Familien zu. Bildungsarmut, Benachteiligung und unzureichende Erziehungskompetenzen hatte Hauptschule zwar nicht zu verantworten, sie sollte aber, und das erwartete jeder von ihr, damit umgehen können. Hauptschüler waren im Allgemeinen problembeladen, psychisch labil und nicht belastbar. Sie spiegelten in der Schule das wieder, was ihren Familien am meisten zu schaffen macht: den Alltag zu bewältigen. Erwerbsbiographien gab es unter den Eltern der Hauptschüler nur noch wenige. Eltern, die Arbeit hatten und davon leben konnten, waren die Ausnahme. Die meisten Familien lebten, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, von öffentlichen Zuwendungen. Demzufolge war ein rhythmisierter Alltag, wie ihn ein fremdbestimmter Erwerbstätiger erfährt, in den Familien der Hauptschüler selten anzutreffen.

## Die Integrierte Sekundarschulen - Anspruch und Realität

Gegenwärtig wird an die Integrierten Sekundarschulen eine große Erwartungshaltung herangetragen. Sie sollen wie Unternehmen geführt werden, sich öffnen, kooperieren und somit positiv auf das gesellschaftliche Umfeld wirken; sie sollen in jeder Hinsicht Flexibilität beweisen und ein programmatisches Profil entwickeln. Die schulische Elternarbeit soll den partizipatorischen Ansatz nicht nur aus dem Schulgesetz kennen, sondern leben. Schulen sollen Eltern durch Mitwirkung befähigen. Der Ganztagsbetrieb und die gesunde Mittagsversorgung sollen Schüler ganzheitlich fördern und prekäre Lebensverhältnisse ausgleichen. Bonusmittel und Ganztagsmittel sind finanzielle Ressourcen, die den Schulen auf Grundlage von Zielvereinbarungen zur Verfügung gestellt werden. Diese gilt es erfolgreich zu verwenden. Schulsozialpädagogen, besonders in Schulen mit hohem ndH-Anteil oder Lernmittelbefreiung, sollen beheben, was außerhalb der Schule nicht behoben werden kann. Die Inklusion, eine Vorgabe der KMK, steht als unumstößliches Ziel vor jeder Schultür. Die Integrierten Sekundarschulen sind zu ausführenden Organisation geworden, die mit Aufgaben und Inhalten in den letzten 5 Jahren überfrachtet wurden. Hinzu kommen Inspektionsberichte, die nach einer festgelegten modularen Matrix Schulen regelmäßig hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit beurteilen.

Die Leistungsfähigkeit eines privaten Unternehmens, das sich auf dem freien Markt behaupten muss, wird im Wesentlichen durch die Entscheidungsfreiheit der Akteure des Unternehmens bestimmt. Warum sollte dies bei Schulen anders sein? Trotz der an Schule herangetragenen Ansprüche ist Schule immer noch eine unselbständige, weisungsabhängige und nachgeordnete Dienststelle der Senatsverwaltung. Das 'Unternehmen Schule' benötigt jedoch statt verwaltungsförmiges Handeln **Entscheidungsfreiheit, Planungssicherheit und eine solide finanzielle Grundausstattung**. Das alles ist zurzeit nicht gegeben. Die Berliner Personaldecke ist in einem desolaten Zustand. Entscheidungsfreiheit haben Schulen immer nur dann, wenn Inhalte aufgrund fehlender politischer Strukturen schwer umsetzbar sind. Ein gutes Beispiel dafür ist die geforderte gesunde Mittagsversorgung an den Schulen. Fehlende Speiseräume und Küchen, fehlendes Personal, Pachtverträge zwischen Schulen und Schulamt und die Suche nach geeigneten Anbietern stellen Schulleitungen vor erhebliche Schwierigkeiten.

Das staatliche Schulsystem ist aufgrund seiner administrativen Struktur sehr träge und unflexibel. Darunter leidet jedes bestehende und sicherlich jedes zukünftige schulische Programm. Betrachtet man die administrativen Voraussetzungen unter denen Schulen agieren, ist ein Scheitern von Schulen nicht verwunderlich. Der Berliner Landesverband des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat in seinem Konzept 'Bürgerschulen für alle!' für eine grundlegende Reform des Schulwesens plädiert. Daniel und Warnfried Dettling, die das Konzept schrieben, betrachten Schulen als rechtlich unselbständige und weisungsabhängige nachgeordnete Dienststellen der Senatsverwaltung. Weiterhin heißt es dazu:

*Die Schulen in Berlin sind organisiert im Rahmen des öffentlichen Dienstes, mit allen bürokratischen Strukturen, die sich daraus ergeben. Sie sorgen für ein verwaltungsförmiges Handeln der Schulorganisation und erschweren es, nach innen (mit Blick auf die Schüler) und nach außen (mit Blick auf die gesellschaftlichen Veränderungen) flexibel zu reagieren. Wo immer Schulen als staatliche Anstalten betrieben werden, bestimmt die Logik des bürokratischen Handelns das Verhalten der Akteure. So entfremden sich Schulen dem gesellschaftlichen Umfeld...Die Staatlichkeit der Schule hat zur Folge, wie die Erfahrung zeigt, dass allzu oft Verantwortung auf andere abgewälzt wird (Zitat aus: Paritätischer*

*Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V. (Hrsg.) Bürgerschulen für alle! Schulen in Berlin-ein Reformkonzept, September 2007).*

## Fazit

In der freien Marktwirtschaft bestimmt der Nutzen eines Produktes den Wert der Ware. In einer sozialen Gesellschaft ist die erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Jugendlichen, der nachwachsenden Generationen ein Indikator für soziale Gerechtigkeit und Garant für den sozialen Frieden. Integration wird erfahrbar, wenn vermittelte Bildung zu Arbeit und diese zu einem eigenen Einkommen führt. Hauptschulen konnten in der Vergangenheit keinen ausreichenden Beitrag dazu leisten. Zu wenig Hauptschulabgänger fanden einen Einstieg auf dem ersten Ausbildungsmarkt, zu viele verließen den Schultyp ohne Abschluss. Hauptschulen konnten aber schon damals, und darin lag deren Stärke, mit den prekären Lebensumständen der Familien mit Hilfe von Kooperationspartnern und praxisorientierten Projekten umgehen. Gut geführte Hauptschulen besaßen bereits ab 2005 ein Netzwerk und zusätzliche Mitarbeiter, die halfen, den Schulalltag mit den problembeladenen Schülern zu meistern. Sie konnten aber nicht, wie leichtfertig erwartet, trotz der unübersehbaren Problemlagen der Schüler, diese ausbildungsfähig machen.

Letztlich waren die Erwartungen, die man an Hauptschule herantrug, unrealistisch, nicht aber die geleistete Arbeit an sich. Die bildungsfernen Eltern und benachteiligten Jugendlichen gab es zu Zeiten der Hauptschulen und gibt es zu Zeiten der Integrierten Sekundarschulen weiterhin.

Die Hauptschulen wurden durch das Hauptschul-Programm dazu aufgefordert, sich adressatengerechter zu positionieren bzw. zu organisieren. Der Praxisbezug und die Berufsbezogenheit von Unterricht standen dabei im Vordergrund. Dies deckte sich mit den Vorgaben der Kultusministerkonferenz:

***Schüler/innen sollen nicht mehr länger als erforderlich im Schulbetrieb verweilen und können, sofern sie in Regelklassen nicht erfolgreich beschulbar sind, praxisnah und handlungsorientiert zu einem Abschluss geführt werden.***

Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass zu viele Schüler die Hauptschule ohne Abschluss verließen und zu wenig Hauptschüler ein Ausbildungsverhältnis eingingen bzw. die Gelegenheit dazu bekamen. Ein Umstand, der noch immer zu beklagen ist und auch mit der Berliner Schulstrukturereform unzureichend aufgearbeitet werden konnte. In der Öffentlichkeit wurde das mangelhafte Leistungsvermögen der Hauptschulen schon immer einer kritischen Betrachtung unterzogen, bei den Sekundarschulen und insbesondere bei jenen, die mit dem Rücken zur Wand stehen, ist es nicht anders. Insbesondere die Kostenfrage stand dabei im Mittelpunkt. Finanzieller Aufwand und gesellschaftlicher Ertrag standen aus Sicht der Kritiker schon damals in einem ungesunden Verhältnis. An der Stelle ist die Argumentationsweise eines Berliner Finanzsenators, der völlig emotionslos die nackten Zahlen miteinander vergleicht und zu dem Schluss kommt, dass ein Schultyp zu teuer ist, völlig schlüssig. Macht man aber im Vergleich dazu eine emotionslose Kosten-Nutzen-Analyse kommt man jedoch zu ganz anderen Einschätzungen. Im Vergleich zum Jugendstrafvollzug war die Hauptschule eine sehr preiswerte öffentliche Einrichtung. Auch im Vergleich zu den kostenintensiven Beschäftigungsmaßnahmen oder den großen Oberstufenzentren war die Hauptschule günstig; zumal durchschnittlich 75% der Hauptschulabgänger Berlins als erzogene junge Menschen, ausgestattet mit einem Abschluss, die Hauptschule schließlich verließen.

In den vergangenen Tagen war zu lesen, dass Ganztagschulen zwar keinen messbaren Leistungszuwachs erzeugen, für das Schulklima aber durchaus zu begrüßen sind. Dies kann ich nur unterstreichen. Für einen Bezirk wie Neukölln und ganz besonders Nord-Neukölln ist das viel Wert. Die soziale und seelische Armut ist gerade in dieser Region, und auf vergleichbare Gebiete Berlins trifft das sicher gleichermaßen zu, stetig gestiegen. In Neukölln hat sich nach Aussage des Schulamtes die Zahl der lernmittelbefreiten Schüler von 2003 bis 2015 fast verdoppelt. Im Jahre 2003 waren 33,51% aller Neuköllner Schüler lernmittelbefreit. Im Jahre 2015 sind es bereits 55,83%. Im Neuköllner Sozialbericht zur Lage der Bevölkerung 2016 kann man das ganze Ausmaß nachlesen. Die Sozialdaten Neuköllns sind aus meiner Sicht dramatisch. Die Zahl der Kinder, die die Voraussetzungen für die Schulpflicht nicht erfüllen, ist weiterhin steigend. Die Zahl der diagnostizierten Behinderungen bei Kindern hat deutlich zugenommen. Vor dem Hintergrund des Inklusionsgedankens für Neuköllner Schulen eine schwerwiegende Negativentwicklung.

Wer glaubte, eine Schulstrukturreform kann gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen kompensieren, hat sich geirrt. Hauptschüler mit Milieuschädigungen gab es und sie gibt es als Sekundarschüler noch immer. Sekundarschulen und insbesondere jene ohne 'eigene' Oberstufe sind im Konkurrenzkampf um gute Schüler klar im Nachteil. Einige schlagen sich dennoch durch gute Profile und einen guten Ruf beachtlich, andere hingegen sind im Zuge der Schulstrukturreform als Restschule auf der Strecke geblieben. Nicht selten waren diese Schulen bereits vor der Schulstrukturreform in einer bedrohlichen Schieflage.

Wer in der Frage der steigenden Zahl an Schulabbrechern und Schulabgängern ohne Abschluss nur auf die jeweilige Schule schaut, vernachlässigt die Biografien der Schüler und deren Elternhäuser. Seelische Armut, und hier verweise ich auf meinen Beitrag in der Zeitschrift Pädagogik: *Armut aus der Sicht eines Sekundarschulleiters aus Berlin Neukölln; Pädagogik 7-8 '15*, legt man nicht an der Schultür ab. Seelische Armut ist kein pädagogisches, sondern ein politisches Problem!

**a) Schulen vor dem Scheitern – wie lässt sich das Ruder an Schulen mit extrem hohen Abbrecherquoten herumreißen?**

Kurzfristig gibt es aus meiner Sicht keine Möglichkeiten. In der Regel sind die schulischen Strukturen verfestigt. Ist der Ruf einer Schule ruiniert, dauert es Jahre, bis dieser wieder hergestellt ist. Besonderes Augenmerk gilt dem Einzugsgebiet und dem Anmeldeverhalten der Schüler. Die Zusammensetzung der Schülerschaft lässt sich aus der Förderprognose der Grundschulen ablesen. Externe Kooperationen helfen lediglich, mit den an der Schule anzutreffenden Umständen besser oder anders umzugehen. Das Leistungsvermögen der Schüler wird aus meiner Erfahrung unwesentlich verbessert. Das Schulklima kann sich verbessern. Es ist zu beachten, unter welchen Voraussetzungen der Standort der ISS zur Sekundarschule wurde. Sekundarschulen, die nicht aus einer Fusion mit einer Realschule hervorgingen, sind klar im Nachteil.

**b) Ursachen und Hintergründe der steigenden Zahl an Schulabgängern ohne Abschluss**

Ich verweise an dieser Stelle auf den Sozialbericht Neuköllns. Die Soziostrukturdaten haben sich zweifelsfrei verschlechtert. Auch in Regionen anderer Bezirke bilden sich solche Entwicklungen ab. Fehlende Kitaplätze und damit einhergehend fehlende vorschulische Erziehung kommen erschwerend hinzu.

Schuldistanz geht in der Regel immer mit weiteren Milieuschädigungen einher. Die Biografien der Schüler (Elternhäuser) zeigen bereits in der Grundschule auffällige Merkmale. Schuldistanz auf fortgeschrittenem Niveau hat fast immer einen fehlenden Schulabschluss zur Folge. Schuldistanz sollte bereits in der Grundschule erfasst, gemeldet und sanktioniert werden. Bislang gibt es nur Empfehlungen. Es bleibt jedoch anzumerken, dass die verschärfte Erfassung und Meldung der Schuldistanz mithilfe von Schulversäumnisanzeigen auch in der SEK I nicht den gewünschten Erfolg bringt. Hemmnisse, die eine nachhaltige Intervention mithilfe von Schulversäumnisanzeigen bereits nach 10 unentschuldigtem Fehltagen verhindern, sind in der administrativen und juristisch begründeten Vorgehensweise zu finden. Die Zusammenarbeit in dieser Frage mit dem Schulamt und den Berliner Jugendämtern ist sehr heterogen, da es auf dieser Ebene an verlässlichen und verbindlichen Strukturen fehlt. Häufig wird gerade in dieser Frage der Datenschutz von Seiten der Jugendämter als abwehrende Begründung in Anspruch genommen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es weiterhin möglich, dass ein Kind (Schüler) sich seiner Schulpflicht verweigert, bis zu einem Jahr die Schule kaum bis gar nicht besucht, ohne dass von schulischer Seite darauf nachhaltig Einfluss genommen werden kann. Familiengerichte nehmen sich solcher Fälle an, warten aber stets eine Stellungnahme der Jugendhilfe ab, bevor sie mit den Familien in direkten Kontakt treten.

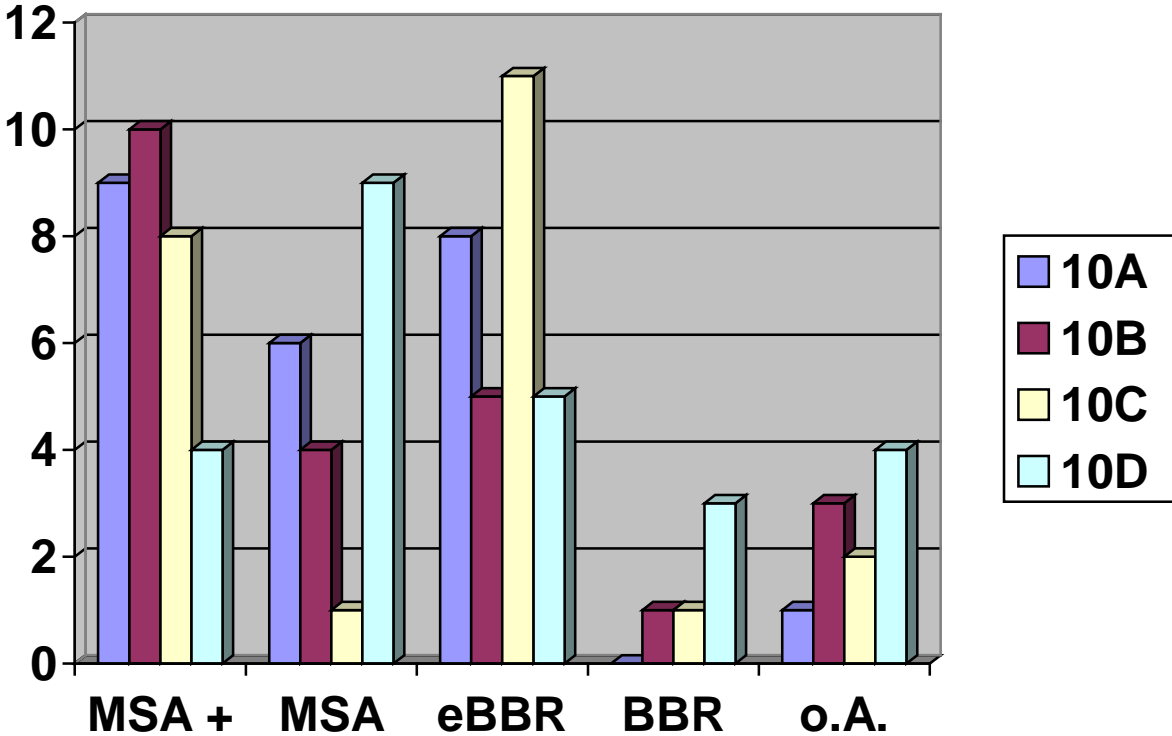
Handlungs- oder praxisorientierte Lernmodelle (Praxislerngruppen, Produktives Lernen, Werkschulen) können in dieser Frage nur ausgleichend wirken. Sie sind aus meiner Sicht keine tragfähige Antwort auf vorherrschende Probleme, da parallel zu dem Angebot keine Einflussnahme auf die Familien/Jugendlichen erfolgt. In zu wenigen Fällen führen diese Modelle zum gewünschten Erfolg: einem Schulabschluss. Die Gründe liegen in der Disposition der Familien, der fehlenden Erziehungskompetenz oder –bereitschaft. In jedem Fall wäre das erforderliche Leistungsniveau, welches von Seiten der ausgewählten Schüler zu erbringen ist, um einen Abschluss zu erhalten, von den meisten Praxisschülern zu leisten. In der Regel scheitert es an deren Verhalten und fehlender Motivation. Es besteht aus meiner Sicht die Annahme, dass die Alimentierung der Familien eher negative Auswirkungen hat, da der Anspruch, einen Schulabschluss zu erbringen, fehlt.

Die Auswirkungen der Willkommensklassen sind in dieser Frage nicht zu unterschätzen. Bereits mit dem verstärkten Zuzug aus Osteuropa vor ca. 4 Jahren öffneten an den ISS die ersten Willkommensklassen. Neukölln war gerade am Anfang ganz besonders davon betroffen. Hier sind die schulischen Endergebnisse nicht vorhersehbar. Sicher ist, dass die Mehrheit dieser Schüler ohne Vorkenntnisse in der deutschen Sprache in den vier Schuljahren der SEK I keinen Bildungsabschluss erreichen werden. Das Niveau der Berufsbildungsreife mit dem zentralen Prüfungsverfahren und die Vielzahl der Fächer stehen einem erfolgreichen Abschluss im Wege.

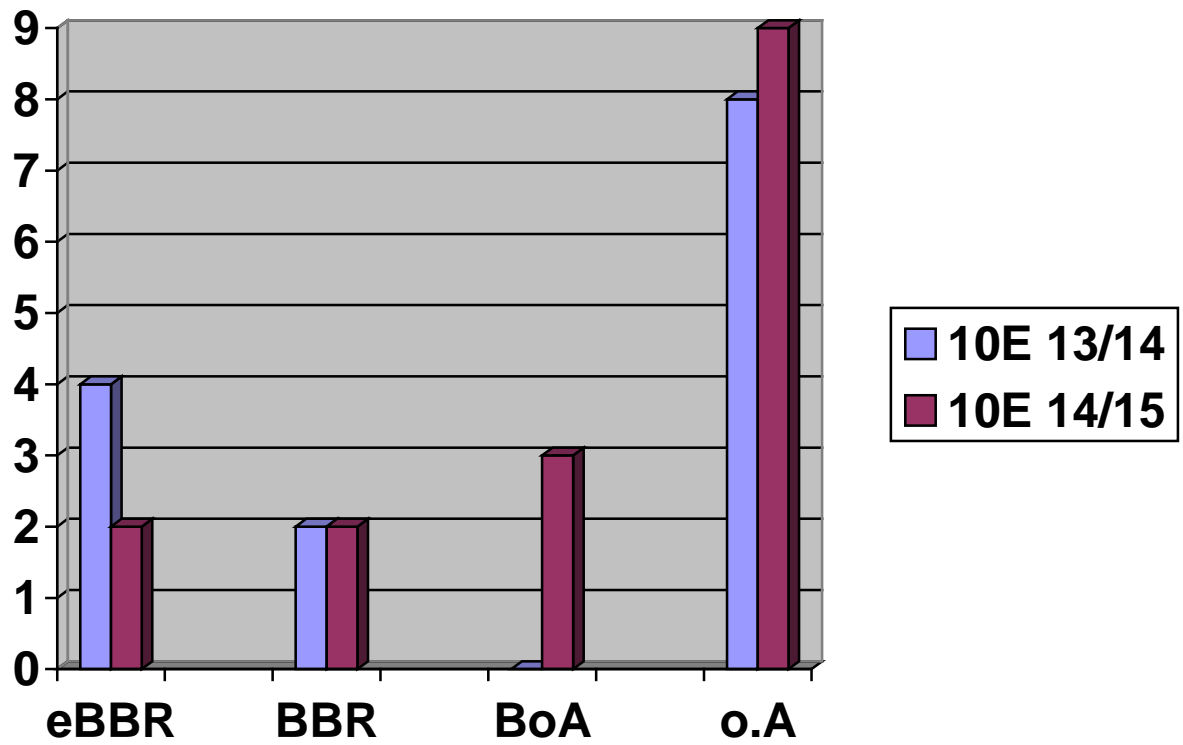
Sofern die Gesamtzahl der Schulabgänger ohne Abschluss auf Berliner Ebene steigend ist, begründet sich dies in der zusammenfassenden Betrachtung für mich mit:

- Schlechteren Soziostrukturdaten,
- Zuzug aus Osteuropa (vor 4-5 Jahren),
- Bildungsstand der Willkommensklassenschüler,
- Fehlentwicklungen aufgrund generationsübergreifender Alimentierung,
- Verfestigte administrative Strukturen,
- Fehlende strukturelle Zusammenarbeit an den Schnittstellen zwischen Schule / Schulamt / Jugend.

Abschlüsse Schuljahr 2014/2015 an der 08K09 (Regelklassen)



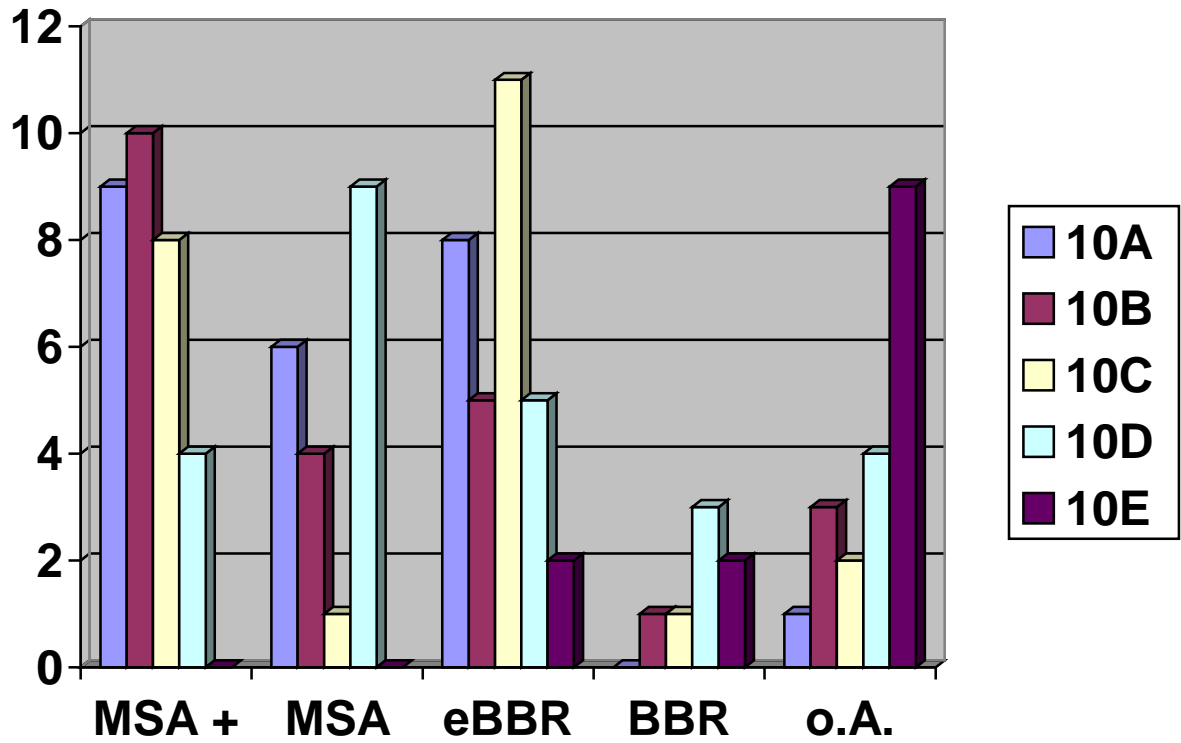
Abschlüsse Schuljahr 2014/2015 an der 08K09 (Praxislerngruppe)



Vergleichswerte vom Schuljahr 2013/2014

Abschlüsse Schuljahr 2014/2015 an der 08K09

(Regelklassen und Praxislerngruppe)



10A bis 10 D Regelklassen

10 E Praxislerngruppe



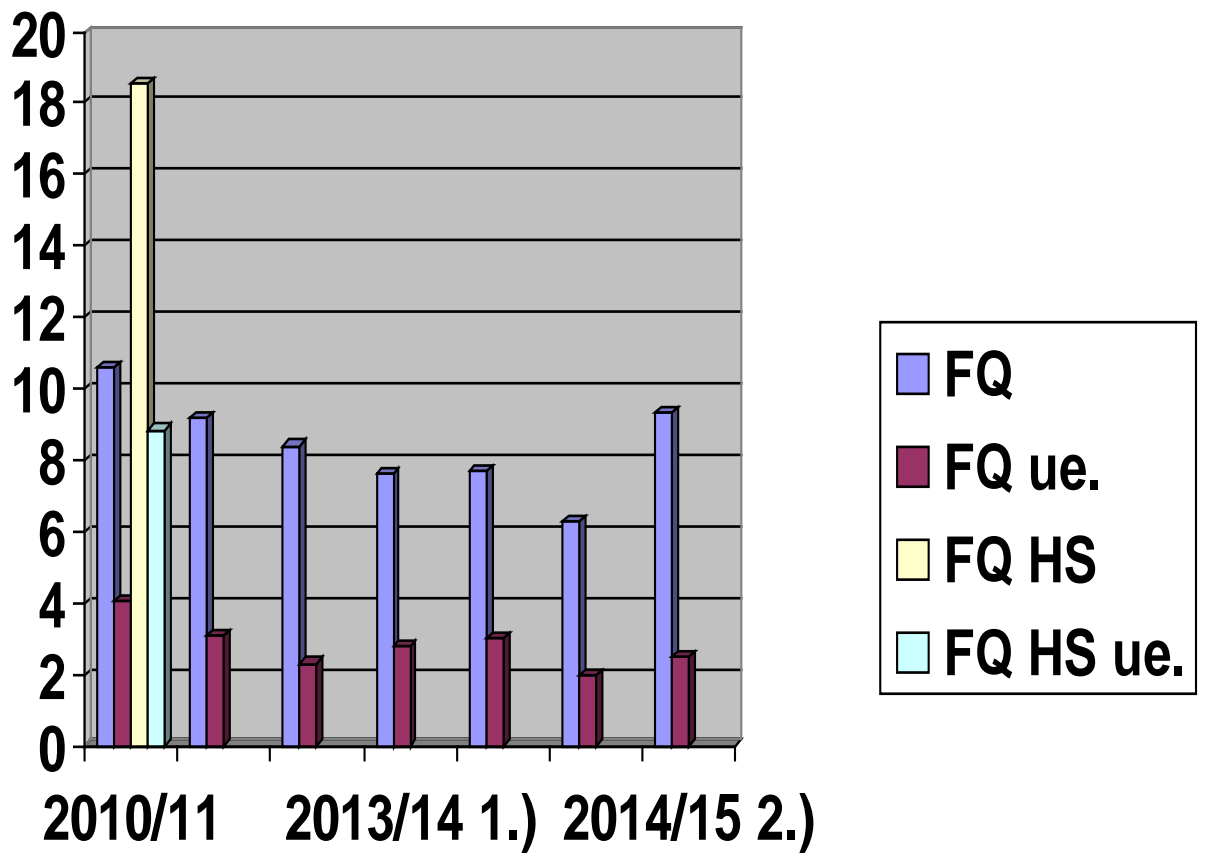
## Grafische Darstellung der Schulversäumnisse seit 2011

Violett: Fehlquote (ISS)

Rot: unentschuldigte Fehlquote (ISS)

Gelb: Fehlquote - Hauptschule (Kurt-Löwenstein)

Türkis: unentschuldigte Fehlquote – Hauptschule (Kurt-Löwenstein)



Röntgen-Schule  
 Wildenbruchstraße 53  
 12435 Berlin

Herr Pawollek  
 Herr Haberland  
 Frau Lehnen

Direktor  
 Stellvertreter  
 Koordinatorin

Tel.: 2902764-0  
 Fax: 2902764-44

Berlin, 02.05.2016

Auswertung der Schulversäumnisse im Rückblick bis 2004/2005

**Überblick**

Die Fehlquote als Kennzahl errechnet sich aus den gesamten Fehltagen der Schule und der Gesamtzahl der Schüler.

$$\frac{\text{Fehltage} \times 100}{\text{Anzahl der Schüler} \times 110 \text{ (Schultage)}} = \text{Fehlquote}$$

Anzahl der Schüler x 110 (Schultage)

Die Fehlquote im ersten Schulhalbjahr 2013/2014 beträgt 7,6 (Fehltage je Schüler) und die Fehlquote der unentschuldigten Fehltag 2,8 (Fehltage je Schüler).

Die folgende Gesamtdarstellung rückblickend bis 2004/2005 soll lediglich die Entwicklung dokumentieren.

<u>Schuljahr</u>	<u>Fehlquote</u>	<u>unentschuldigt</u>	
2004/2005 (1.HJ)	13,95	7,09	Hauptschule 08H01
2005/2006 (1.HJ)	14,89	8,01	
2006/2007 (1.HJ)	16,61	9,10	
2006/2007 (2.HJ)	20,63	11,25	
2007/2008 (1.HJ)	19,31	11,21	
2008/2009 (1.HJ)	15,46	8,71	
2008/2009 (2.HJ)	19,98	11,56	
2009/2010 (1.HJ)	18,53	8,85	
2009/2010 (2.HJ)	22,73	13,29	
<b>2010/2011 (1.HJ)</b>	<b>10,57</b>	<b>4,0</b>	<b>1. Schuljahr ISS / 08K09 f.f.</b>
<b>2011/2012 (1.HJ)</b>	<b>9,2</b>	<b>3,1</b>	
<b>2012/2013 (1.HJ)</b>	<b>8,4</b>	<b>2,3</b>	
<b>2013/2014 (1.HJ)</b>	<b>7,6</b>	<b>2,8</b>	
<b>2013/2014 (2.HJ)</b>	<b>7,7</b>	<b>3,0</b>	
<b>2014/2015 (1.HJ)</b>	<b>6,4</b>	<b>2,0</b>	<b>(7,6 / 2,4 Werte der SenBJW)</b>
<b>2014/2015 (2.HJ)</b>	<b>9,3</b>	<b>2,5</b>	

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass die Fehlquote der Hauptschule die Fehlquote der ISS deutlich übersteigt. Bei der unentschuldigten Fehlquote verhält es sich ähnlich. Zudem ist zu beobachten, dass die Fehlquote der Hauptschule von 2004 bis 2010 stieg, obwohl ab 2006 das Programm Jugendsozialpädagogik an Berliner Schulen ins Leben gerufen wurde. Die Schulsozialarbeit der Hauptschule konnte somit eine Entwicklung der Schuldistanz nicht bremsen. Dies wurde im politischen Raum, am Rande bemerkt, auch zur Kenntnis genommen und diskutiert. Professor Tim bemerkte dazu, dass diese Entwicklung in keiner Weise Ausdruck einer schlechten Schulsozialpädagogik sei. Man könne an diesem Beispiel vielmehr erkennen, dass Schulsozialpädagogik die Schuldistanz nicht eindämmen kann, weil sie durch grundlegende gesellschaftliche- bzw. schichtspezifische Problemlagen hervorgerufen werde. Schulsozialpädagogik hilft aber dabei, mit diesem Problem an Schulen umzugehen bzw. werde Schuldistanz in Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Institutionen begegnet.

### **Fehlquote im Vergleich**

Die aktuelle Fehlquote der ISS ist im Vergleich zur Hauptschule um die Hälfte bis zu Zweidrittel zurückgegangen. Auch hier besteht der Eindruck, dass die Mischung der Schülerschaft (ehemals Haupt- und Realschüler) deutlich zu diesem Rückgang beigetragen hat. Diese Annahme scheint insofern berechtigt, als auch die Fehlquote der ISS in den letzten drei Jahren stetig abnahm und in gleicher Weise die alten Hauptschulklassen aus der ISS herauswuchsen.

Eine Aussage über den Wert dieser Entwicklung an unserer Schule lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach unserer Auffassung nur im Vergleich zu anderen vergleichbaren ISS machen. Auch ist es denkbar, unsere Schule mit Erhebungen auf Bezirks- oder Landesebene zu vergleichen. Hier liegen uns jedoch gegenwärtig keine Zahlen vor.

Es lässt sich nach Auswertung der Fehlzeiten mithilfe der Zeugnisse des ersten Schulhalbjahres 2013/2014 sagen, dass ca. 32 Schülerinnen und Schüler (7,4%) überdurchschnittliche Fehlzeiten aufweisen. Von diesen sind 10 Schülerinnen und Schüler (2%) als schuldistanziert zu betrachten (Anlage siehe statistische Erhebung 2013/2014).

Interessant wäre in diesem Zusammenhang die Einschätzung der Schulsozialpädagogik, die der quantitativen Betrachtung eine Qualitative zur Seite stellen könnte.

5 (1,1%) Schüler sind als stark schuldistanziert zu betrachten, wobei diese alle der Schulsozialpädagogik bekannt sind und begleitende Hilfen initiiert wurden. Von einem zukünftigen regelmäßigen Schulbesuch ist nicht auszugehen. Ordnungsmaßnahmen verbunden mit Bußgeldern wurden i.d.R. ausgesprochen.

24 Schüler (5,5%) haben mit 20-40 Fehltagen einen zu hohen Fehlzeitenanteil. Auch hier wurden w.o. beschriebene Maßnahmen eingeleitet. In der Gesamtbetrachtung sind es 29 Kinder und ein Anteil von 6,6 % (2013/2014 7,4%).

In der Gesamtbetrachtung ist die Fehlquote leicht rückläufig, gleiches gilt für die unentschuldigte Fehlquote. Dafür hat sich leider die absolute Zahl der Verspätungen (941) gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.

Während im 1. Halbjahr 2014/2015 die Fehlquote keine Auffälligkeiten aufweist und in der Gesamtbetrachtung der der Vorjahre entspricht, steigt die Fehlquote mit 9,3 im 2. Halbjahr 2014/2015 deutlich an. Dies betrifft im besonderen Maße die Fehltage in ihrer absoluten Betrachtung. Damit steigt die Zahl der Fehltage auf den Wert aus dem Schuljahr

2011/2012. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass sich die Zahl der Schüler mit 21-40 Fehltagen und mehr als 40 Fehltagen gegenüber dem 1. Halbjahr annähernd verdoppelt hat (von 24 auf 40 Schüler und 5 auf 8 Schüler). Erfreulich ist die geringere Zahl der Verspätungen. Diese hat sich gegenüber dem 1. Halbjahr fast halbiert (von 941 auf 589 Verspätungen). Zusammenfassend scheinen der zwei Schülergruppen wesentlich zu dem Anstieg der Fehlquote beigetragen zu haben.

Detlef Pawollek

03.09.2015

## **-PRESSEMITTEILUNG- Röntgen-Schule (Schulleiter: Detlef Pawollek)**

### **Vielfältig anders – oder wie man gemeinsam mit Eltern Grenzen überwindet**

Eine Kurzbetrachtung der etwas anderen Elternarbeit an der Röntgen-Schule.

Am 2. Mai 2016 werden ca. 11 Mütter der Röntgen-Schule gemeinsam mit Frau Aslan, zuständig für die Elternarbeit der Röntgen-Schule, im Flugzeug Richtung Istanbul sitzen. Was im Zuge des regelmäßig stattfindenden Elternfrühstücks anfänglich eine geträumte Idee war, findet pünktlich zum Frühlingsanfang seine Umsetzung. 11 Frauen mit türkischem und arabischem Hintergrund machen gemeinsam und auf eigene Kosten eine Bildungsreise, bei der es darum geht, 'allein' für 5 Tage eine Stadt zu besichtigen und zu erkunden, die die meisten zwar kennen, aber nie bereisten- schon gar nicht ohne familiäre Begleitung.

Allein steht in diesem Fall stellvertretend für ohne Kinder. Das war eine von den Frauen vorab selbst aufgestellte Bedingung, um mitreisen zu können. Es geht ihnen darum, die gemeinsame Zeit ganz für sich zu haben, frei von Fremdbestimmtheit und Einschränkungen. Für unsere Elternarbeit ist dieser Schritt ein großer Erfolg. Er ist Ausdruck von Emanzipation, wie man sie in Nord-Neukölln eher seltener antrifft. Was nach europäischem Denken selbstverständlich erscheint, ist in Familien mit muslimischem Hintergrund nicht selten ein Wagnis. Die Frau ist noch immer aufgrund des gesellschaftlichen Druckes ein zu 'schützendes Gut'. Den Schutz bieten im Alltag die eigenen Kinder oder Familienangehörige. Beide werden während der Städtereise nicht zugegen sein, denn diesmal passt jede Frau auf sich selbst auf.

Das seelische Wohlbefinden und die Entfaltung der Persönlichkeit ist noch immer ein Aspekt, der in der schulischen Elternarbeit und auch in der Armutsdiskussion häufig zu kurz kommt. Gemeint ist in diesem Fall die seelische Armut<sup>1</sup> oder die seelische Verarmung, welche man in den Nord-Neuköllner Familien beobachten kann. Die Leidtragenden sind in besonderer Weise die Frauen, denn sie haben die Last zu tragen. Schulische Elternarbeit scheitert nicht selten an den Ausprägungen gesellschaftlicher Milieuschädigungen, da diese eine Partizipation am schulischen Alltag von Seiten der Erziehungsberechtigten gar nicht zulassen.

Vor diesem Hintergrund sind wir, der **Förderverein der Kurt-Löwenstein Oberschule e.V.** und die **Stiftung Bildung**, stolz darauf, dass im Zuge unserer Elternarbeit türkische und arabische Frauen gemeinsam diesen Schritt gehen und damit beide Kulturkreise einvernehmlich einen geplanten Wunsch in die Tat umsetzen. Das gemeinsame Elternfrühstück, durchsetzt mit einem regelmäßigen Bildungsangebot eines türkischen Kinder- und Jugendtherapeuten, zeigt bei den Frauen sichtbare Erfolge. Unsere aufsuchende Elternarbeit<sup>2</sup> hinterlässt mit der gemeinsamen Reise erkennbare Spuren. Miteinander reden bedeutet nicht immer, sich auch zu verstehen. Sich gemeinsam über persönliche Grenzziehungen hinweg durchzusetzen und aus der Absicht eine Tat werden zu lassen, ist hingegen Ausdruck gemeinsamer Entschlossenheit und Stärke.

Der **Förderverein der Schule** und die **Stiftung Bildung** begrüßen und unterstützen das Projekt in jeder Hinsicht. Beide Partner werden sich aus diesem Grunde gerne finanziell beteiligen und einen Teil der Kosten für die Verköstigung der Frauen vor Ort übernehmen.

---

<sup>1</sup> Siehe: Armut aus der Sicht eines Sekundarschulleiters aus Berlin Neukölln; Pädagogik 7-8'15

<sup>2</sup> Siehe Konzept der aufsuchenden Elternarbeit der Röntgen-Schule

# Armut – eine Betrachtung dieses Begriffes aus der Sicht eines Sekundarschulleiters aus Berlin Neukölln

## Armut in einer krankenden Parallelgesellschaft

Armut lässt sich auf vielfältige Weise erleben. In unserer Sekundarschule leben ca. 83 % der Familien von Transferleistungen- manche sagen auch öffentliche Zuwendungen. Unter solchen Lebensverhältnissen groß zu werden ist in Nord-Neukölln kein Stigma, es ist vielmehr die Regel. Familien, die Arbeit haben und davon auch leben können, sind die Ausnahme. Oft reicht deren Einkommen nicht aus, um die familiären Bedürfnisse zu befriedigen. Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes wurde die Schere zwischen einkommensschwachen Familien und Zuwendungsempfängern größer. Verlierer sind die Niedriglohnempfänger, die Gewinner die Zuwendungsempfänger. Klassenfahrten oder kostenpflichtige Freizeitangebote bezuschusst der Förderverein der Schule in aller Regelmäßigkeit bei Alleinverdienern oder Alleinerziehenden, nie hingegen bei Zuwendungsempfängern.

Im Berliner Bezirk Neukölln leben insgesamt 310.000 Menschen, ein Stadtteil, der mit einer Kleinstadt vergleichbar ist. Im Gegensatz zum südlichen Teil des Bezirkes, wo Einfamilienhäuser und dreigeschossige Neubauten die Straßen säumen, prägen Mietskasernen und Hinterhöfe das nördliche Straßenbild. Dem Bezirkshaushalt stehen 703 Millionen Euro zur Verfügung, 416 Millionen Euro (59%) werden für Transferausgaben benötigt.



Die Röntgen-Schule befindet sich in Nord-Neukölln. Nord-Neukölln weist 156.000 Einwohner aus, wovon 52% einen Migrationshintergrund besitzen (Anteil bei den unter 18jährigen: 80%). Die Arbeitslosenquote liegt bei 36%, der Anteil an Menschen mit einem Einkommen unter 700,- Euro bei 75%. Der Anteil an Alg2-Leistungsempfänger (Arbeitslosengeld 2) liegt bei 50%. Die Daten sind von 2011, geringfügige Veränderungen sind möglich, wobei diese sicher nicht gravierend sind. Der Migrationsanteil der unter 18jährigen Menschen lässt Entwicklungen erahnen.

Weshalb ist eine ausgewogene und sachliche Diskussion um den Armutsbegriff so schwierig? Liegt es daran, dass man Armut so unterschiedlich empfinden oder aber auch interpretieren kann? Wohlfahrtsverbände werden nicht müde, den Anstieg der Armut und insbesondere der Kinderarmut zu beklagen. Berechnungsgrundlagen und Grenzbeträge werden von den streitenden Parteien gegenseitig angezweifelt oder in Frage gestellt. Unterhält man sich mit der Kriegsgeneration, ist das, was wir als Armutsgrenze definieren, Ausdruck von Wohlstand.

Als Schulleiter einer Neuköllner Sekundarschule möchte ich dieser Form der Auseinandersetzung um den Armutsbegriff nicht folgen- sie bringt aus meiner Sicht nichts. Fragt mich ein Außenstehender, ob Armut an unserer Schule ein Thema ist, so antworte ich mit nein. Fragt man mich, ob ich Armut an der Schule spüre, so antworte ich mit ja; sie ist ein ständiger Begleiter meiner Arbeit und stets und ständig präsent.

**Über welche Armut reden wir?**

Man kann Armut an unserer Schule nicht an zerschlissenen Schuhen oder ungewaschenen Kleidungsstücken erkennen. Auch dieses kommt vor, ist aber die Ausnahme der Ausnahme. Die Armut bildet sich auf den Gesichtern und Verhaltensweisen der Schüler ab. Manche wirken zurückgezogen und müde, andere aufgedreht und latent gereizt. Vergegenwärtigt man sich die Lebensumstände der Kinder, muss man sie für das, was sie tagtäglich in der Schule abliefern, eigentlich loben- sie funktionieren irgendwie. Die häuslichen Verhältnisse unter denen unsere Schüler groß werden kann man mehrheitlich als belastend bezeichnen. Den Kindern fehlt es häufig an altersgemäßer emotionale Zuwendung. Man kann auch sagen, die Eltern nehmen sich zu wenig Zeit für sie. Manche sind eigentlich gar nicht erzieherisch zugegen oder beachten sie nicht. Habe ich bei Neuanmeldungen die Gelegenheit, die zurückliegenden ausgehändigten Grundschulzeugnisse einzusehen, sind sie häufig von Seiten der Eltern nicht unterschrieben.



Neuköllner Sekundarschulkinder sind den modernen elektronischen Medien oder der Straße überlassen. Ältere Geschwisterkinder sind Vorbilder, auch dann, wenn sie es nach unseren pädagogischen Wertmaßstäben in keiner Weise sind. Neuköllner Schüler sind eine sehr heterogene Schülerschaft, was sie vereint ist ihr Migrationshintergrund. In der Schule wird der mit dem Kürzel ´nicht deutscher Herkunft´(ndH) erfasst. Ansonsten ist jeder von ihnen der Bruchteil eines Ganzen, Teil einer Ethnie und im Herzen Libanese, Palästinenser, Alevit, Sunit, Kurde, Bosnier, türkischer Bulgare, Rumäne mit und ohne Roma-Hintergrund. Manche von ihnen kennen die Heimat ihrer Eltern gar nicht. Manche Eltern sind in Berlin geboren, kennen ihre Heimat nur als Urlaubsland und sind dennoch im weitläufigen deutschen Sprachgebrauch Migranten.

### **Seelische Armut verändert den Menschen**

Ob meine Schüler einmal Teil einer verlorenen Generation werden, wird sich zeigen; ihre Eltern sind es bereits häufig. Sie sind bildungsfern und haben sich in einem Leben mit Harz IV gut oder schlecht eingerichtet. Materiell betrachtet haben sie alle ihr Auskommen, die Kinder ein Zimmer, neue gute Turnschuhe und nicht selten ein viel zu wertvolles Handy. Dennoch sind die Verhältnisse eindeutig prekär, da so manche Ehe als belastet und instabil betrachtet werden kann. Das überträgt sich auf die Kinder und deren Psyche. Es gibt inzwischen verlässliche Angaben, dass die psychosozialen Erkrankungen bei Kindern und Jugendliche steigen, so wie sie auch bei Frauen und Müttern mit Migrationshintergrund steigen. Sicher trifft das gleichermaßen auf die Männer bzw. Väter zu, diese werden es aber ganz bestimmt nicht zugeben. Vielleicht steigen die Zahlen aber gar nicht und werden im Gegensatz zu früher in der Öffentlichkeit nur deutlicher wahrgenommen. Ich kann und möchte diese Beobachtungen nicht bewerten, betrachte sie aber als die eigentliche Ursache für die Form von Armut, die ich mit diesem Beitrag in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken möchte. Seelische Armut ist sicher kein Neuköllner Phänomen und auch keines von Migrantenfamilien. Es ist ein schichtspezifisches Problem, dass man in Neukölln in sehr dichter Form antrifft. Man spricht bei uns von Milieuschädigungen. Der Migrationshintergrund verschärft diese Milieuschädigungen aus meiner Sicht, da kulturelle Eigenarten und Befindlichkeiten keinen offenen Umgang mit den sichtbaren Auswirkungen zulassen. Einzelne Personen, insbesondere

Frauen bzw. Mütter, werden direkt oder indirekt daran gehindert, Hilfe zu suchen und Unterstützung anzunehmen. Fehlender Schutz und mangelndes Vertrauen ins deutsche System verfestigen die Hilflosigkeit. Jene Neuköllner Familien, die sich ihrer Situation bewusst sind und es mit großer Anstrengungsbereitschaft schaffen, erreichbare Lebensziele zu formulieren, verlassen in der Regel das Nordneuköllner Umfeld. Sie suchen andere Stadtbezirke auf und streben einen auf Erwerbstätigkeit ausgerichteten Neuanfang an. Unserer Schule gehen diese Schüler dann verloren. Die nachrückenden Familien sind von solchen Lebensmodellen weit entfernt. Als Schule fängt man dann wieder von vorne an.

### **Auch die Beziehungsarbeit der Pädagogen hat Grenzen**

Die seelische Armut der Kinder, man kann auch sagen Verarmung, betrachtet man das Ganze als Prozess, ist in unserem Berufsalltag ein ständiger Begleiter. Lehrkräfte müssen die Folgen an unserem Schultyp täglich und in einem weit größeren Maße kompensieren als beispielsweise an einem Gymnasium. Eine sensible Besucherin beobachtete wartend auf dem Flur der Schule das Pausengeschehen. In einem anschließenden Gespräch brachte sie mir gegenüber ihr Erstaunen über das Maß an Interaktion zwischen Lehrkräften und Schülern während einer Schulpause zum Ausdruck. Sie bemerkte, dass weniger als die Hälfte der Schüleranliegen wichtiger Natur waren. Es waren eher kleine Alltäglichkeiten die auch hätten warten oder anderswo geklärt werden können. Unsere Lehrkräfte brechen, in Abhängigkeit von Alter und aktuellem Gesundheitszustand, unter solch einer Last manchmal auch zusammen. Ein Kollege, der sich im Hamburger Modell befand, teilte mir mit, dass es nicht der Unterricht sei, der ihm den Wiedereinstieg so schwer mache. Es ist das erforderliche Maß an Beziehungsarbeit mit den Schülern und deren Eltern an einem Standort wie dem unseren. Wenn ich von Eltern spreche, denke ich meistens an Mütter. Sie sind es, die in erster Linie bei den Migrantenfamilien die Erziehungsarbeit leisten. Sie haben es sich oft nicht ausgesucht, sie haben sie vielmehr übertragen bekommen. Sie haben es gegenüber den Familienmitgliedern auszuhalten, wenn das Kind nicht funktioniert, denn sie tragen die Verantwortung. Dieser Auftrag überfordert sie nicht selten, erhalten sie doch aus der Ehe heraus nicht die notwendige Unterstützung.



Nach dem Selbstverständnis vieler Mütter unserer Schule erschöpft sich Erziehung in der Bereitstellung sauberer Kleidung, einer täglichen warmen Mahlzeit, einem Kinderzimmer mit Tisch, Bett und Computer. Diese Betrachtung ist bitte nicht als Ausdruck einer herabwürdigenden Sichtweise zu verstehen. Ich weiß, dass ich mich mit solch einer Aussage weit nach vorne wage und den Zorn einiger Leser\_innen auf mich ziehe. Ich spreche hier von Beobachtungen und Erfahrungen, die wir über die letzten sechs Jahre in zahlreichen Gesprächen und im Rahmen der Elternarbeit unserer Schule machen durften. Die gewonnenen Eindrücke dienen mir letztlich als Erklärung für elterliche Verhaltensmuster, die ich ansonsten aufgrund meines Verständnisses von Erziehung nicht hätte einordnen können. Ein regelmäßiges Elternfrühstück, zu dem ausschließlich Frauen erscheinen, ist seit einigen Jahren fester Bestandteil unserer Schule. Das Format unterstützt uns dabei, mit den Müttern informell Erziehungsfragen zu thematisieren. Diese fangen bei der pädagogischen Bedeutung von Grenzziehung im Umgang mit Kindern an und enden mit



abgrenzbaren und üblichen Entwicklungsstufen in all Ihren Ausprägungen im Zuge der Pubertät. Auch Themen rund um die Sexualität treffen auf großes Interesse und die Vorträge, Ratschläge und Bestärkungen eines türkischen Kinderarztes und Psychotherapeuten, der bereits mehrmals eingeladen wurde, werden gerne gehört.

### **Wem oder was nutzt eine Information, wenn sie sich nicht in Wissen umlegt?**

Es ist kein Geheimnis, dass sich Information allein bei einem Menschen nicht zwangsläufig in Wissen umlegt. Ein Umstand, dem aus meiner Sicht in vielen gesellschaftspolitischen Diskussionen mehr Beachtung zu schenken ist. Gerade in Talksendungen wird von den vermeintlichen Fachleuten häufig die versäumte Informationsvermittlung oder Aufklärung beklagt und eine groß angelegte Kampagne stolz als Lösung dargeboten. Jeder weiß, Flyer oder Informationsveranstaltungen führen beim Adressaten nicht zwangsläufig zu Verhaltensänderungen. Nachhaltige Verhaltensänderungen erreicht man am besten über Einstellungsänderungen. Beides erfordert aber in jedem Fall eine aufrichtige Beziehungsarbeit. Hat man einen Zugang zu dem Menschen (Eltern oder Schüler), spricht man ihn auch auf der emotionalen Ebene an, sichert das letztlich auch den Erfolg. Sollte es auf diesem Weg nicht gelingen, kann man alle weiteren Bemühungen unterlassen; es sei denn, sie dienen nur der Absicherung eigenen Handelns. Letzteres kostet Geld, ist aber ohne Nutzen Die Schule als Ort der Bildung und Erziehung wird noch immer von vielen Außenstehenden als der beste Ort der Informationsvermittlung betrachtet. Entsprechend viele Themen (z.B. gesellschaftspolitischer oder ökologischer Natur) werden an Schule herangetragen. Dabei bleibt es dann in der Regel auch. Die eigentliche Arbeit bleibt an den Lehrkräften und Erziehern hängen. Wem oder was nutzt eine gut gemeinte Information, wenn sie sich nicht in Wissen umlegt? Milieugeschädigte Kinder, arm an Zuwendung und Zeit und deren Familien, arm an Bildung und sozialer Stabilität, werden durch die Weitergabe von Informationen ihr Verhalten nicht ändern (können). Dafür benötigt man Menschen, die über einen längeren Zeitraum hinweg mit der Zielgruppe gemeinsam arbeiten.



An unserer Schule ist das in dem gewünschten Maße nicht möglich, die eingangs erwähnten Zahlen belegen dies. Als Ganztagschule sind wir bestrebt, den Schülern ein breites Band an Bildung jeglicher Art und eine wertschätzende Erziehung zukommen zu lassen. Zu groß ist bisweilen aber der Widerstand des Milieus. In Ausnahmefällen sind wir auch nicht mehr der geeignete Ort, an dem sich von seelischer Armut deutlich gezeichnete Kinder aufhalten sollten. Dazu zähle ich jene, die sich jeder Regelmäßigkeit entziehen und in der Interaktion mit Mitschülern fortwährend konfliktrüchtig agieren.

### **Eine aufrichtige Auseinandersetzung mit seelischer Armut kostet Geld**

Eine Armutsdiskussion, die ausschließlich die monetäre Seite der Familie in den Mittelpunkt stellt und daraus alle sozialen Begleiterscheinungen begründet, ist aus meiner Sicht falsch. Bezogen auf unsere beschriebene Schüler- und Elternschaft ist die Frage einer aufrichtigen und von beiden

Seiten gewollten Integration für die Bewältigung von Armut in welcher Hinsicht auch immer von viel größerer Bedeutung. Was hilft es dem Kind, ein neues Handy zu haben, wenn die emotionale Sicherheit aus dem Elternhaus heraus fehlt? Die Rolle der Frauen als Mutter, insbesondere bei Migrantenfamilien, ist aus meiner Sicht eine entscheidende Größe. Es gilt die Frauen in der Bewältigung ihrer Aufgaben zu stärken. Sie sind diejenigen, die in der Erziehung der Kinder oft durch Familienangehörige behindert werden, weil das Alltagsgeschehen in all seinen belastenden Ausprägungen ein gleichberechtigtes Zusammenleben nicht zulässt. Darüber hinaus braucht eine Schule geeignete pädagogische Instrumente (nicht nur Konzepte, die gibt es häufig), um den Familien und deren Kinder in Fragen seelischer Armut eine echte Hilfe zu sein. Sofern dafür kein zusätzliches Geld bereitgestellt wird, werden Veränderungen ausbleiben.



Wer in dieser Diskussion unüberlegt und reflexhaft höhere Zuwendungsätze für die Familien fordert, hat das eigentliche Problem nicht erkannt. Höhere Zuwendungsätze, am Rande bemerkt, sind aus meiner Sicht sogar kontraproduktiv und zementieren eher bestehende Verhältnisse, sie bringen uns in der Armutsdiskussion und den Folgen von Armut für die Kinder keinen Schritt weiter. Die Familien und ganz besonders die Frauen benötigen Leistungen, die sie bei ihrer beruflichen Integration unterstützen. Erwerbstätigkeit und bei den Migrantenfamilien die beidseitig gewollte gesellschaftliche Integration sind aus meiner Sicht die Grundlage für stabile Familienverhältnisse und ein hilfreicher Weg zur Reduzierung seelischer Armut bei Kindern.

Detlef Pawollek  
Direktor der:  
Röntgen-Sekundarschule  
Berlin Neukölln  
Wildenbruchstraße 53  
12435 Berlin  
[www.roentgen-sekundarschule.de](http://www.roentgen-sekundarschule.de)

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

17. Wahlperiode

## **Änderungsantrag**

der Piratenfraktion

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU (Drs. 17/1001)

## **Sprachlerntagebuch**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Nach dem Absatz:

„Der Senat wird aufgefordert, zur Gewährleistung der Weiterreichung der Sprachlerntagebücher der Kitas an die Schulen bis zum 31.07.2013 ein rechtssicheres und datenschutzrechtlich zulässiges Verfahren vorzugeben.“

sind folgende Absätze einzufügen:

„Insbesondere soll das Verfahren folgende Maßnahmen einbeziehen:

1. Die Erziehungsberechtigten erhalten zur Aufnahme des Kindes in die Kita eine schriftliche Datenschutzbelehrung. Sie soll umfassend darüber aufklären, welche persönlichen Daten im Sprachlerntagebuch dokumentiert werden, wer zu welcher Zeit welche Dokumentationen einsehen kann, wo und wie lange das Sprachlerntagebuch aufbewahrt werden soll und zu welchem pädagogischen Zwecken dies geschieht. Die Erziehungsberechtigten sollen darüber in Kenntnis gesetzt werden, dass sie nach dem Erhalt der Datenschutzbelehrung gemäß der §§ 6 Abs. 1 BlnDSG und 183 BGB der Weitergabe des Sprachlerntagebuchs an die Grundschule schriftlich

zustimmen können. Die Weitergabe soll bis zum Ende der Kitazeit gemäß § 6 Abs. 3 Satz 3 BlnDSG formlos widerrufen werden können.

Gemäß § 6 Abs. 5 S. 2 BlnDSG darf in der Datenschutzbelehrung nicht der Eindruck entstehen, im Fall der Verweigerung der Weitergabe drohten Nachteile.

Die Datenschutzbelehrung soll in der Sprache ausgegeben werden, die in der Familie des Kindes in der Regel gesprochen wird.

2. Es sollen Aussagen darüber getroffen werden, wie das Sprachlerntagebuch in der Grundschule von Lehrkräften zu verwenden ist. Insbesondere ist hierbei die Frage zu klären, ob es im Unterricht eingesetzt werden soll oder wenn nicht, wie die Daten aus dem Sprachlerntagebuch für die Sprachförderung zu verstehen und zu interpretieren sind. Es soll dabei klargestellt werden, wie Lehrkräfte auf das Problem reagieren sollen, dass nicht alle Kinder ein Sprachlerntagebuch vorweisen können, z.B. weil sie keine Berliner Kita besucht haben oder weil sie erst zum Schuleintritt mit ihren Familien nach Berlin gezogen sind.

3. Es soll Aussagen enthalten, wie Rahmen der Weiterentwicklung des Sprachlerntagebuchs Spracherwerbsprozesse und Sprachkompetenzen bilingual aufwachsender Kinder dort dokumentiert werden können.”

### ***Begründung***

Die Änderung des vorgelegten Antrags der Koalitionsfraktionen ist notwendig. Der Senat braucht fundierte Vorschläge vom Parlament, um die seit sechs Jahren laufende Datenschutzdebatte und um grundsätzliche noch offene Fragen zum Sprachlerntagebuch zu klären. Die einfache Aufforderung, der Senat solle ein “Verfahren vorlegen” ohne jede konkrete Ausgestaltung ist unzureichend.

Im Jahresbericht 2006 des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ist im Rahmen der Kritik am Sprachlerntagebuch zu lesen:

*Große Unsicherheit besteht bei den Eltern hinsichtlich des Umgangs mit den erhobenen Daten. Im Vorwort des Dokuments befinden sich dazu keine Erläuterungen. Die Eltern haben uns geschildert, besonders große Unklarheiten bestünden zu der Frage, wofür die Daten verwendet würden, ob eine Weitergabe und wie die Auswertung der Daten erfolge. (S. 141)*

Die Unsicherheit besteht bei Erziehungsberechtigten bis Heute. Mit der hier beantragten Datenschutzbelehrung soll diese behoben werden. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass insb. Eltern der Weitergabe des Sprachlerntagebuchs

zustimmen, wenn sie vorher darüber informiert wurden, wozu sie eigentlich zustimmen und welchen genauen Zweck die Weitergabe erfüllt.

Gemäß § 6 Abs. 1 Berliner Datenschutzgesetz (BlnDSG) ist die Verarbeitung personenbezogener Daten nur zulässig, wenn eine Rechtsvorschrift sie erlaubt oder der Betroffene eingewilligt hat. Letzteres setzt dabei grundsätzlich eine vorherige ausdrückliche Zustimmung voraus (vgl. § 183 Bürgerliches Gesetzbuch). Diese Einwilligung bedarf der Schriftform (§ 6 Abs. 4 S. 1 BlnDSG). Eine "stillschweigende Zustimmung" ist daher abzulehnen. Die Umsetzung der hier vorgeschlagenen Regelung würde voraussichtlich vorsehen, dass Eltern bei Eintritt des Kindes in die Kita und nach einer umfassenden Aufklärung über den Sinn und Zweck der Sprachdokumentation die Einwilligung erteilen und zum Ende der Kitazeit darauf hingewiesen werden, dass die Weitergabe des Sprachlerntagebuchs an die Schule durch Widerruf verhindert werden kann.

Mit der Weitergabe der Sprachlerntagebücher an die Grundschule ist die Debatte nicht beendet. Es ist bisher völlig unklar, was die Schulen, was insb. Lehrkräfte mit den Sprachlerntagebüchern machen sollen. Hierfür braucht es ein sinnvolles Konzept des Senats, um Lehrkräfte bei Ihrer Arbeit mit dem Sprachlerntagebuch zu unterstützen. Fehlt solch ein Konzept ist zu befürchten, dass das passiert, was bei der Einführung des Sprachlerntagebuchs geschah: Die verantwortlichen Fachkräfte werden sich verunsichert fühlen und das Sprachlerntagebuch ablehnen. Dies kann mit einem fundierten Nutzungskonzept zu verhindern.

Verständigung und demokratische Beteiligung in unserem Land hängen von der Beherrschung der deutschen Sprache ab. Mehrsprachigkeit ist aber auch ein Wert, den es zu fördern gilt. Das Erlernen bzw. auf Aufwachsen mit zwei Sprachen in bilingualen Kontexten (Familien, Kitas, ...) erweitert den kulturellen Horizont. Je größer die Sprachkompetenz, desto leichter fällt die Verständigung in der multikulturellen Gesellschaft. In Berlin gibt es zahlreiche zweisprachige Kitas und Schulen. Dass das Sprachlerntagebuch bisher nur auf Deutsch angeboten wird, ist ein Mangel, der zügig zu beheben ist.

Diese Forderung ist auch im Sinne des Senats, der in der Kleinen Anfrage, Drs. 17/12012 vom 29.4.2013, in der Antwort auf die Frage 4 schrieb:

*Im Zuge der Aktualisierung werden Möglichkeiten geprüft, ob und wie der Spracherwerbsprozess und die Sprachkompetenzen bilingual aufwachsender Kinder im Sprachlerntagebuch abgebildet werden können.*

Mit dem hier vorgelegten Änderungsantrag liegt dem Senat nun ein entsprechender parlamentarischer Auftrag vor.

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

17. Wahlperiode

Berlin, den 01.08.2013

Herberg    Delius    Graf  
und die übrigen Mitglieder der  
Piratenfraktion

---

---